



Per Empfangsbekenntnis

TransnetBW GmbH

Pariser Platz/Osloer Straße 15-17
70173 Stuttgart

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom
06.05.2022

Mein Zeichen, meine Nachricht vom
4.14.03.03_22-TNG
626k

☎ (02 28)
14-5789
oder 14-0

Bonn
06.08.2022

Genehmigungsbescheid der Bundesnetzagentur gemäß § 13f Abs. 1 Satz 7 EnWG über Systemrelevanzausweisung Gasmotoren-Heizkraftwerk Pforzheim

In dem Verwaltungsverfahren

gegenüber

der TransnetBW GmbH, Pariser Platz/Osloer Straße 15-17, 70173 Stuttgart, gesetzlich vertreten
durch ihre Geschäftsführer,

- Antragstellerin -

wegen der Genehmigung der Ausweisung des Gasmotoren-Heizkraftwerks Pforzheim
(BNAP193) als systemrelevant gemäß § 13f EnWG

hat die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen,
Tulpenfeld 4, 53113 Bonn, gesetzlich vertreten durch ihren Präsidenten Klaus Müller,
am 06.08.2022 wie folgt entschieden:

Die Ausweisung des Gasmotoren-Heizkraftwerks Pforzheim (BNAP193), betrieben von
der Stadtwerke Pforzheim GmbH & Co. KG, als systemrelevantes Gaskraftwerk, begin-
nend ab dem 08.08.2022 bis zum 30.09.2023, wird genehmigt.

Gründe

I.

Die Stadtwerke Pforzheim GmbH & Co. KG betreiben seit dem Jahr 2021 das in der Regelzone der Antragstellerin befindliche Gasmotoren-Heizkraftwerk Pforzheim mit einer Netto-Nennleistung von 51 MW. Die Anlage ist an das örtliche Gasverteilernetz in Pforzheim angeschlossen. Mit Schreiben vom 06.05.2022, eingegangen bei der Bundesnetzagentur am 09.05.2022, erklärte die Antragstellerin, die Anlage als systemrelevantes Gaskraftwerk ausgewiesen zu haben und stellte bei der Bundesnetzagentur den Antrag auf Genehmigung der Systemrelevanzausweisung dieser Anlage bis einschließlich zum 30.09.2023¹. Zur Begründung des Antrags verwies sie auf die Systemanalysen der Übertragungsnetzbetreiber vom 08.03.2022, aus denen hervorgehe, dass die Anlage in den ergebnisrelevanten Netzsituationen mit ihrer gesamten Leistung zum Redispatch herangezogen werde.

Die Bundesnetzagentur leitete das Verwaltungsverfahren nach § 66 Abs. 1 EnWG ein. Sie räumte der betroffenen Anlagenbetreiberin mit Anhörungsschreiben vom 09.06.2022 die Möglichkeit ein, bis zum Antrag der Antragstellerin Stellung zu nehmen. Am 21.06.2022 fand ein Gespräch zwischen der Stadtwerke Pforzheim GmbH & Co. KG und der Bundesnetzagentur statt, in welchem die Anlagenbetreiberin insbesondere mitteilte, dass keine Möglichkeit zur bivalenten Befeuerung des Gasmotoren-Heizkraftwerks bestehe. Weiter gab sie an, dass der Verteilernetzbetreiber sich verpflichtet habe, die Gasbezugsleistung bereitzustellen, die zum Betrieb der Anlage mit voller Netto-Nennleistung notwendig ist.

Wegen weiterer Einzelheiten wird auf die Akte verwiesen.

II.

Dem Antrag der Antragstellerin ist stattzugeben, da er zulässig und begründet ist.

A. Einführung

Gemäß § 13f Abs. 1 EnWG können Betreiber von Übertragungsnetzen (ÜNB) eine Anlage zur Erzeugung von elektrischer Energie aus Gas mit einer Nennleistung ab 50 Megawatt ganz oder teilweise als systemrelevantes Gaskraftwerk ausweisen, sofern die Anlage systemrelevant im Sinne dieser Vorschrift ist. Nach § 13f Abs. 1 Satz 1 EnWG ist eine Anlage insoweit systemrelevant, als dass eine Einschränkung ihrer Gasversorgung mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer nicht unerheblichen Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems führt. Die Ausweisung erfolgt in dem Umfang und für den Zeitraum,

¹ Systemanalyse 2022 der Übertragungsnetzbetreiber vom 08.03.2022, abrufbar unter: <https://www.bundesnetzagentur.de/Netzreserve>.

der jeweils erforderlich ist, um die Gefährdung oder Störung abzuwenden. Sie soll eine Dauer von 24 Monaten nicht überschreiten, es sei denn, die Systemrelevanz der Anlage wird durch eine Systemanalyse des regelzonenverantwortlichen Betreibers eines Übertragungsnetzes für einen längeren Zeitraum nachgewiesen und von der Bundesnetzagentur bestätigt. Die Ausweisung bedarf der Genehmigung der Bundesnetzagentur. Nach § 13f Abs. 1 Satz 7 EnWG hat die Bundesnetzagentur den Antrag zu genehmigen, wenn die Anlage tatsächlich systemrelevant im Sinne der Vorschrift ist.

Rechtsfolge der Ausweisung durch den ÜNB und der Genehmigungsentscheidung durch die Bundesnetzagentur ist zum einen, dass gemäß § 13f Abs. 2 Satz 1 EnWG die Betreiber von systemrelevanten Gaskraftwerken verpflichtet sind, soweit technisch und rechtlich möglich sowie wirtschaftlich zumutbar, eine Absicherung der Leistung im erforderlichen Umfang durch Inanspruchnahme der vorhandenen Möglichkeiten für einen Brennstoffwechsel vorzunehmen. Soweit ein Brennstoffwechsel nicht möglich ist, ist dies gegenüber der Bundesnetzagentur zu begründen und kurzfristig darzulegen, mit welchen anderen Optimierungs- oder Ausbaumaßnahmen der Kapazitätsbedarf befriedigt werden kann (§ 13f Abs. 2 Satz 3 EnWG). Zum anderen darf gemäß § 16 Abs. 2a Satz 2 EnWG ein Gasnetzbetreiber den Gasbezug eines gemäß § 13f EnWG als systemrelevant ausgewiesenen Gaskraftwerks nicht durch markt- oder netzbezogenen Maßnahmen nach § 16 Abs. 1 EnWG einschränken, soweit der Betreiber des betroffenen Übertragungsnetzes die weitere Gasversorgung der Anlage gegenüber dem betroffenen Gasnetzbetreiber anweist. Nach § 16 Abs. 2a Satz 3 EnWG darf der Gasbezug eines systemrelevanten Gaskraftwerks bei Vorliegen der Voraussetzungen von § 16 Abs. 2 EnWG durch den Gasnetzbetreiber nur nachrangig gegenüber anderen Anschlussnehmern eingeschränkt werden, soweit der Betreiber des betroffenen Übertragungsnetzes die weitere Gasversorgung des systemrelevanten Gaskraftwerks gegenüber dem Gasnetzbetreiber anweist.

B. Genehmigungsfähigkeit der Systemrelevanzausweisung

Die Ausweisungsentscheidung der Antragstellerin ist zu genehmigen, da die Voraussetzungen des § 13f Abs. 1 Satz 7 EnWG vorliegen. Danach hat die Bundesnetzagentur eine Ausweisungsentscheidung des ÜNB zu genehmigen, wenn die betroffene Anlage systemrelevant im Sinne der Sätze 1 und 2 der Vorschrift ist.

1.

Eine vollständige oder teilweise Nichtverfügbarkeit einer der als systemrelevant ausgewiesenen Anlagen infolge einer Einschränkung der Gasversorgung dieser Anlagen führt mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einer nicht unerheblichen Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems.

a)

Nach § 13 Abs. 4 EnWG liegt eine Gefährdung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems vor, wenn örtliche Ausfälle des Übertragungsnetzes oder kurzfristige Netzengpässe zu besorgen sind oder zu besorgen ist, dass die Haltung von Frequenz, Spannung oder Stabilität durch die ÜNB nicht im erforderlichen Maße gewährleistet werden kann. Die Gefährdung der Sicherheit und Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems kann sich daraus ergeben, dass infolge einer teilweisen oder vollständigen Nichtverfügbarkeit der Anlagen den ÜNB zu wenig Redispatchleistung zum Hochfahren zur Verfügung steht, um das Übertragungsnetz unter Einhaltung des (n-1)-Standards (siehe Art. 32 ff. der Verordnung (EU) 2017/1485 der Kommission vom 2. August 2017 zur Festlegung einer Leitlinie für den Übertragungsnetzbetrieb) sicher zu betreiben.

Hierbei ist es methodisch korrekt, dass die Antragstellerin für die erforderliche Gefahrenbeurteilung die Systemanalyse der ÜNB vom 08.03.2022 heranzieht, welche von der Bundesnetzagentur mit der Netzreservebedarfsfeststellung vom 29.04.2023 bestätigt wurde². In der Systemanalyse wird unterstellt, dass kritische Netzsituationen häufig in sogenannten Starkwind-Starklast-Zeiten auftreten, d. h. in Zeiten, in denen eine hohe Windeinspeisung gleichzeitig zu einer hohen Stromnachfrage auftritt. Die synthetische Woche, aus der die für die Bestimmung des Redispatch- und Netzreservebedarfs maßgebliche bedarfsdimensionierende Stunde abgeleitet wird, wird derart parametrisiert, dass sie eine solche Starkwind-Starklastsituation darstellt. In der Prognose für den Winter 2022/2023 handelt es sich hierbei um die Stunde 273³. Die Systemrelevanz der Anlage ist dadurch begründet, dass sie in dieser bedarfsdimensionierenden Stunde mit ihrer gesamten Netto-Nennleistung einspeist. Hierbei erfolgt eine Einspeisung in Höhe von 37 MW bereits markt-basiert, sodass einer kritischen Leitungsüberlastung bereits entgegengewirkt wird, ohne dass es insoweit einer Redispatchanforderung durch die Antragstellerin bedarf. Hinsichtlich der verbleibenden Leistung der Anlage in Höhe von etwa 14 MW wird die Anlage zum Redispatch angefordert.

b)

Es besteht vorliegend eine hinreichende Wahrscheinlichkeit gemäß § 13f Abs. 1 Satz 1 EnWG, dass eine Einschränkung der Gasversorgung des Gasmotoren-Heizkraftwerks Pforzheim zu einer nicht unerheblichen Gefährdung oder Störung der Sicherheit oder Zuverlässigkeit des Elektrizitätsversorgungssystems führt. Angesichts des Ausmaßes der drohenden Schäden, die als Folgewirkung eines nicht mehr sicheren Netzbetriebs eintreten können, gerechtfertigt, den geforderten Grad der Eintrittswahrscheinlichkeit niedrig anzusetzen. So ist in der Rechtsprechung anerkannt,

² Feststellung des Bedarfs an Netzreserve für den Winter 2022/2023 sowie den Betrachtungszeitraum April 2023 bis März 2024, abrufbar unter: <https://www.bundesnetzagentur.de/Netzreserve>.

dass der Grad der Wahrscheinlichkeit, der im Einzelfall zu fordern ist, insbesondere von der Bedeutung des jeweiligen Schutzgutes und dem Umfang des drohenden Schadens abhängig ist. Je bedeutsamer das gefährdete Rechtsgut ist, umso geringer sind die Anforderungen an die Schadenseintrittswahrscheinlichkeit. Bezogen auf die Regelung des § 13f Abs. 1 Satz 1 EnWG folgt hieraus, dass eine verhältnismäßig niedrige Eintrittswahrscheinlichkeit ausreicht, um zulässigerweise den Schluss ziehen zu können, dass die Nichtverfügbarkeit eines bestimmten Gaskraftwerks aufgrund eines Brennstoffmangels zu einer Gefährdung oder Störung des sicheren Netzbetriebs führt (siehe zum Ganzen auch OLG Düsseldorf, Beschl. v. 19.12.2018, VI-3 Kart 117/17 [V], Seite 25 f.).

2.

Die Antragstellerin durfte die Systemrelevanzausweisung auf die gesamte Nennleistung der Anlage beziehen, da dies erforderlich ist, um die Gefährdung des sicheren Netzbetriebs infolge einer Nichtverfügbarkeit der Anlage aufgrund Gasmangels abzuwehren.

Die bestätigte Systemanalyse der ÜNB vom 08.03.2022 zeigt, dass die Deckung des Netzreservebedarfs die Verfügbarkeit des Gasmotoren-Heizkraftwerks Pforzheim mit seiner vollständigen Netto-Nennleistung voraussetzt (siehe zuvor unter 1.a).

Die Entscheidung der Antragstellerin, die Ausweisungen zunächst bis zum 30.09.2023 vorzunehmen und zu betragen, begegnet keinen Bedenken.

C. Rechtsfolge

Da die ausgewiesenen Anlagen systemrelevant im Sinne von § 13f Abs. 1 Sätze 1 und 2 EnWG sind, ist gemäß § 13f Abs. 1 Satz 7 EnWG die Genehmigung der Ausweisungen zu erteilen. Die Entscheidung steht nicht im Ermessen der Behörde.

Gemäß § 13f Abs. 2 S. 1 EnWG besteht die Verpflichtung der Betreiber von systemrelevanten Gaskraftwerken, die Leistung der Anlage im erforderlichen Umfang durch Inanspruchnahme einer Möglichkeit zum Brennstoffwechsel abzusichern nur für den Fall, dass diese Einrichtung bereits vorhanden ist. Am Kraftwerksstandort des Gasmotoren-Heizkraftwerks in Pforzheim ist diese Möglichkeit nicht vorhanden, sodass die vorgenannte Verpflichtung nicht besteht.

Der Verpflichtungen des § 13f Abs. 2 S. 3 EnWG, gegenüber der Bundesnetzagentur zu begründen, dass ein Brennstoffwechsel nicht möglich ist sowie kurzfristig dazulegen, mit welchen anderen Optimierungs- oder Ausbaumaßnahmen der Kapazitätsbedarf befriedigt werden kann, ist die Stadtwerke Pforzheim GmbH & Co. KG bereits im Rahmen ihrer Stellungnahme am 21.06.2022 nachgekommen.

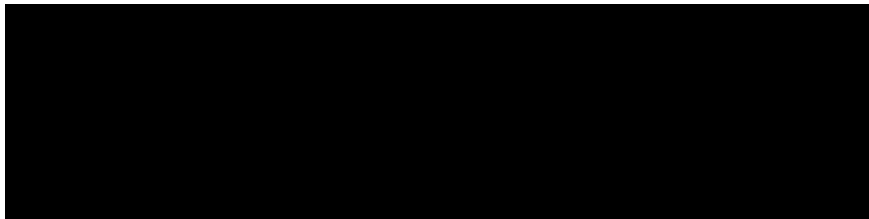
Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Entscheidung kann binnen einer Frist von einem Monat nach Zustellung dieser Entscheidung Beschwerde eingelegt werden. Die Beschwerde ist schriftlich bei der Bundesnetzagentur (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb dieser Frist bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit diese Entscheidung angefochten und ihre Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten. Die Beschwerdeschrift und Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Bonn, d. 06.08.2022

A large black rectangular box used to redact the signature of Dr. Franziska Adamek.

Dr. Franziska Adamek

(Leiterin Referat Versorgungssicherheit Strom)